

Petra Pau - Grußwort anlässlich der
Eröffnung der Wanderausstellung der Kassenärztlichen Bundesvereinigung
**„Systemerkrankung:
Arzt und Patient im Nationalsozialismus“**
am 28. November 2024

Rückblick ist bitter nötig

Liebe Frau Friedländer,
sehr geehrte Frau Dr. Reis-Berkowicz,
sehr geehrter Herr Dr. Andreas Gassen,
sehr geehrter Herr Bundesminister Dr. Lauterbach,
sehr geehrte Frau Hacohe und Mitglieder Ihrer Delegation.
Liebe Kolleginnen und Kollegen aus dem Deutschen Bundestag,
meine Damen und Herren,

es freut mich außerordentlich, heute anlässlich der Eröffnung der
Wanderausstellung „Systemerkrankung. Arzt und Patient im
Nationalsozialismus“ zu Ihnen in Vertretung der Präsidentin des Deutschen
Bundestages, Bärbel Bas, sprechen zu dürfen.

Bitte lassen Sie mich zu Beginn auch sehr herzlich die anwesenden
Repräsentanten aus Israel und insbesondere die Kolleginnen und Kollegen
aus der Knesset begrüßen. Ich freue mich, dass die deutsch-israelischen
Beziehungen so lebendig sind. Das ist gerade im Nachgang zum Terrorangriff
vom 7. Oktober aber auch angesichts eines weltweit erstarkten
Antisemitismus ein wichtiges Zeichen.

Die Wanderausstellung, die heute eröffnet wird, ist Ausdruck des Bemühens
der KBV als Rechtsnachfolgerin der Kassenärztlichen Vereinigung
Deutschlands, die Rolle von Ärztinnen und Ärzten im Nationalsozialismus
aufzuklären. Mit diesem Abschluss des von Ihnen beauftragten und in
Kooperation mit der Technischen Universität Berlin realisierten
Forschungsprojekts spüren Sie auf bemerkenswerte Weise der
Verantwortung Ihres Berufsstandes im Nationalsozialismus nach.

Ich würde mir wünschen, dass auch andere Berufsgruppen Ihrem Vorbild
folgen und fast 80 Jahre nach dem Ende des Nationalsozialismus sich ihrer
Verantwortung aus eigenem Antrieb stellen!

Wie nahezu alle gesellschaftlichen Bereiche hatte selbstredend auch die Ärzteschaft ihren Anteil an der Ermöglichung des Nationalsozialismus, der Konsolidierung der nationalsozialistischen Herrschaft und der begangenen Menschheitsverbrechen. Alles andere zu glauben wäre vermessen, nahmen Ärztinnen und Ärzte im Nationalsozialismus doch eine Schlüsselstellung nicht nur in Fragen der „Rassenhygiene“ ein. Als gesellschaftliche Vorbilder wog ihr „Mitmachen“ wie auch der mangelnde Protest und Widerstand besonders schwer. Aber es gab auch Ärzte, die unter schwersten Umständen versuchten, ihrem ärztlichen Eid gerecht zu werden. Dies alles zeigt die Ausstellung in der gebotenen Differenziertheit.

Bereits vor dieser Ausstellung hatten Sie gemeinsam mit der Bundesärztekammer mit der Einweihung einer Gedenktafel an Ihrem Gebäude ein Zeichen gesetzt. Die Gedenktafel ist den verfolgten jüdischen Ärztinnen und Ärzten und allen NS-Opfern gewidmet. Ich erinnere mich gut an die entsprechende Einweihung vor sechs Jahren, bei der ich den Bundestag vertreten durfte: Wir alle waren uns 2018 einig, dass die Verbrechen der Nationalsozialisten sowohl eine Mahnung seien als auch ein Auftrag für die Zukunft, antisemitischen und rechten Tendenzen entschieden entgegenzutreten. Ich muss gestehen, dieser Auftrag scheint zwischenzeitlich nur noch größer und dringlicher geworden zu sein!

Meine Damen und Herren,

lassen Sie mich ein Schicksal aus der Ausstellung herausgreifen:
Es ist Herbert Lewin, nach dem auf Ihre Initiative hin auch der Platz benannt ist, an dem Sie Ihren Sitz haben und wo wir uns gerade befinden.

Herbert Lewin war ein vielversprechender junger Arzt und Wissenschaftler – bis die Nationalsozialisten ihn entrechteten. Weil er Jude war!

Als sogenannter „*Krankenbehandler*“ durfte er nur noch jüdische Patienten behandeln.

Anfang der vierziger Jahre wurde er deportiert, unter anderem nach Auschwitz. Er überlebte als Häftlingsarzt.

Nach dem Krieg setzte er seine Arbeit fort. 1950 sollte er Chefarzt an der Offenbacher Frauenklinik werden. Doch die dortigen Ärzte und Krankenschwestern protestierten.

Der konservative zweite Bürgermeister der Stadt erklärte sogar: Lewin könnte

Frauen nicht zugemutet werden, da er – Zitat – mit „*Ressentiments seiner Rasse und dem Rachegefühl eines KZlers seine Arbeit antreten wird*“.

Erst als übergeordnete Stellen eingriffen, konnte Lewin berufen werden.

Dieser Skandal führt uns vor Augen, wie offen Antisemitismus auch nach dem Ende des Nationalsozialismus ausgelebt wurde. Und wie sehr sich die deutsche Gesellschaft gegen eine Konfrontation mit den eigenen Verbrechen gewehrt hat. Und noch darüber hinaus: Wie NS-Opfern sogar der Umstand, dass sie überlebt haben, zum Nachteil gemacht wurde!

Auch große Teile der organisierten Ärzteschaft weigerten sich über Jahrzehnte, Verantwortung zu übernehmen.

Erinnert sei an die Affäre um Prof. Dr. med. Werner Heyde – vor 1945 Ordinarius für Psychiatrie und Nervenheilkunde an der Universität Würzburg – der nicht nur an leitender Stelle am Massenmord an Patientinnen und Patienten im Rahmen der sogenannten „Aktion T4“ mitgewirkt hatte. Mit Hilfe von Juristen und Medizinern gelang es ihm, unter falschem Namen, jedoch im Grunde kaum getarnt, in Schleswig-Holstein eine neue Existenz als Gutachter für Behörden und staatliche Institutionen aufzubauen.

Mit Blick auf die „Kassenärztliche Vereinigung Deutschlands“ beschied das Bundesarbeitsministerium 1953, dass es sich – Zitat – „*nicht um eine nationalsozialistische Organisation gehandelt*“ hätte.

Die Ausstellung kommt hier zu einem deutlich kritischeren Urteil. Der Titel sagt es schon: „*Systemerkrankung*“.

Das differenzierte Bild, das von der Ärzteschaft in der Ausstellung gezeichnet wird, macht deutlich: Auch in einem „erkrankten“ und der Diktatur dienenden System gab es Handlungsräume. Das ist eine Botschaft, die auch heute Relevanz hat.

Auch den Bundestag haben die von Ärzten begangenen nationalsozialistischen Verbrechen immer wieder beschäftigt: Im Jahr 2017 war die Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus den Menschen gewidmet, die im sogenannten „Euthanasie“-Programm ermordet wurden. Ich erinnere mich eindrücklich an die Schicksale, die damals vorgestellt wurden.

In diesem Jahr hat der Bundestag einen Antrag aus der Mitte unseres Hauses beraten, durch den die Aufarbeitung der sogenannten „Euthanasie“-Morde und Zwangssterilisationen im Nationalsozialismus intensiviert werden soll. Im Kulturausschuss hat es dafür bereits eine breite Mehrheit gegeben. Der endgültige Beschluss durch das Plenum steht jedoch noch aus – und könnte womöglich den vorgezogenen Neuwahlen zum Opfer fallen.

Ich muss aber auch deutlich sagen:

Im Gegensatz zu landläufigen Annahmen, gibt es auch bei der Erinnerung an die nationalsozialistischen Medizinverbrechen noch viel zu tun.

So habe ich mit Entsetzen vernommen, dass es in den Kellern der [Max-Planck-Gesellschaft als Nachfolgerin der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft wohl](#) noch immer unbestattete Hirnpräparate zu geben scheint, die im Rahmen der sogenannten „Euthanasie“ ermordeten Menschen in Bernburg entnommen wurden. Sollte dieser Sachverhalt auch weiterhin zutreffen – es wäre nahezu ungeheuerlich.

Aber auch viele „Tatorte“ sind bisher nicht oder nur unzureichend kenntlich gemacht, obwohl es gerade wichtig wäre, den dezentralen Charakter der NS-Verbrechen hervorzuheben. Erwähnt sei hier etwa die Heil- und Pflegeanstalt Teupitz oder der im letzten Jahr erfolgte Abriss der Erlanger Heil- und Pflegeanstalt. Kurzum – es gibt noch einige weiße Flecken in unserer Erinnerungskultur!

Meine Damen und Herren,

wie Sie sehen, es gibt scheinbar paradoxe Entwicklungen: Zwar lassen sich bedeutende Fortschritte bei der Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen feststellen, doch der erforderliche gesellschaftliche Konsens ist brüchig und nicht an allen Orten vorhanden.

Gleichwohl: Deutschland bekennt sich zu seiner historischen Verantwortung. Immer mehr Organisationen arbeiten ihre Vergangenheit im Nationalsozialismus auf: Behörden, Unternehmen, Verbände.

Gleichzeitig gerät unsere Erinnerungskultur unter Druck. Vor wenigen Wochen ließ eine Studie über Antisemitismus in Nordrhein-Westfalen aufhorchen: Fast die Hälfte der Befragten forderte einen Schlussstrich unter die Vergangenheit.

Mittlerweile wird unsere Erinnerungskultur auch von politischen Kräften – die auch im Deutschen Bundestag vertreten sind - infrage gestellt.

Gedenkstätten bekommen den politischen und gesellschaftlichen Stimmungswandel zu spüren: Sie werden seit einiger Zeit zum Ziel von Anfeindungen und sogar Angriffen. Seit dem 7. Oktober kommen Anfeindungen nicht nur von Rechtsextremen,

sondern auch von Sympathisanten der Hamas.
Das macht mir große Sorge. Unsere Demokratie muss sich wehrhaft zeigen.

Aber ich möchte uns gern Mut machen: Es gibt auch hoffnungsvolle Nachrichten. Gerade bei jungen Menschen stößt die Forderung nach einem „Schlussstrich“ auf weniger Zustimmung als bei anderen Altersgruppen.

Studien haben gezeigt: Wer heute in den Zwanziger ist, interessiert sich meist deutlich mehr für die NS-Zeit als die Generation der Eltern.

Ein weiterer Befund lautet: Wenn sich junge Leute mit dem Nationalsozialismus beschäftigen, nehmen sie das oft zum Ansporn, sich gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit heute einzusetzen. Mein Schlussappell lautet: Die kritische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit ist lohnender denn je. Wir müssen jetzt und heute für die Zukunft unserer Demokratie und den Schutz von Bürger- und Menschenrechten kämpfen!

Daher nicht zuletzt meine innige Bitte an Sie – bei der KBV: Machen Sie weiter!

Ich wünsche der Wanderausstellung aus ganzem Herzen den ihr gebührenden Erfolg – und vor allem viel Beachtung und Zuspruch unter angehenden Medizinerinnen und Mediziner.

Abschließend danke ich besonders:

- allen Verantwortlichen und Mitwirkenden bei der KBV,
- dem Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin
- und insbesondere dem Kurator Dr. Ulrich Prehn und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Ich wünsche uns allen einen erkenntnisreichen Rundgang durch die Ausstellung.

Vielen Dank.